



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die neuen Friedensaussichten.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Scene: „Alle, dreiunddreißig an der Zahl, stellen sich um das Feuer.“ Ambüßls Schauspiel verdoppelt die Zahl auf sechs Bundesgenossen: 1) Wilhelm Tell. 2) Walthher Fürst. 3) Peter Springer. 4) Johannes Imhof (alle vier sind Urner). 5) Staufacher. 6) Arnold Melchthal. Der Urner Attinghausen steht da gar nicht mit im Bunde. In Jg. Zimmermanns Tellenschauspiel v. J. 1777 tritt Walthher Fürst (von Attinghausen) gleichfalls gar nicht auf: „Er liegt ja krank, der theure Mann“ (Act 1, S. 12). In Schillers Tell ist Walthher Fürst von Attinghausen in zweierlei Personen verwandelt worden, in den Freiherrn Werner v. Attinghausen und in den Walthher Fürst. Auch da wird der Bund geschlossen, ohne daß der Freiherr Attinghausen davon weiß, ja er stirbt inzwischen unter den Worten: Hat sich der Landmann solcher That verwogen, ja, dann bedarf es unserer nicht mehr.

### Die neuen Friedensausichten.

Als nach der Einnahme von Alsen plötzlich eine Waffenruhe, welche die Dänen anboten, und die Vorbereitungen zu Friedensverhandlungen überraschten, da war die öffentliche Meinung unter dem Eindruck der letzten Erfolge geneigt anzunehmen, daß die Demüthigung Dänemarks groß genug sei, um den Allirten die Zuversicht auf baldigen Abschluß des Friedens zu geben. Wer freilich die dänischen Zeitungen und das Parteitreiben dort näher ansah, vermochte nicht sofort diese Hoffnung zu theilen. Die Dänen sind schwerlich so weit bezwungen, daß sie in eine Abtretung der drei Herzogthümer willigen werden. Da wir aber nicht wissen, ob der König von Dänemark in seiner verzweifeltsten Lage den Entschluß gefaßt hat, mehr zu bewilligen als die dänische Presse und die Deputirten des Volkes für erträglich halten, so müssen wir allerdings anstehen, diese Bedenken geltend zu machen. Und wir sind um so mehr zur Vorsicht verpflichtet, da anzunehmen ist, daß man in den auswärtigen Ministerien Preußens und Oestreichs genauer mit den Zuständen in Kopenhagen und mit dem guten Willen und der Noth der dänischen Diplomatie bekannt ist, als wir, und daß ihnen Gründe, welche für uns nicht sichtbar sind, den Abschluß eines genügenden Friedens hoffen lassen. Wir sind um so mehr zu dieser Annahme verpflichtet, da im entgegengesetzten Fall die neue Unterbrechung der Kriegsoperationen ein unverantwortlicher Fehler wäre, der Vieles, was in den letzten Wochen gewonnen wurde, wieder in Frage stellen würde.

Die neue Eröffnung der Feindseligkeiten begann unter den günstigsten Auspicien. Das feindselige England hatte sich vorläufig resignirt, in Frankreich sah man mit Schadenfreude die Demüthigung des unangenehmen Rivalen und beschloß der Sache vorläufig ihren Lauf zu lassen. Die Lage hat sich seit der Zeit geändert. Das Zurückweichen des englischen Ministeriums und die Zusammenkünfte der großen Fürsten des östlichen Europas haben Frankreich und England in diesem Augenblicke wieder genähert. Die Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg, die feindliche Behandlung des Herzogs von Schleswig-Holstein durch die officiöse preussische Presse, die geringschätzige Behandlung des Bundes durch die Kriegsführenden, die Dissonanzen zwischen

den preußischen und östreichischen Blättern haben in kurzen Wochen eine neue Gefahr herausbeschworen, welche sehr wohl zu vermeiden gewesen wäre, und diese Gefahr ist jetzt ein Einreden der vereinigten Westmächte. Sollte der Krieg von Neuem losbrechen müssen, so wird die europäische Situation ungünstiger sein, als sie seit Beginn dieses Jahres war. Man rechne nicht darauf, daß England unter keinen Umständen etwas thun werde, ungeduldig erwartet Lord Palmerston, mit größerer Ruhe der Kaiser den Augenblick; wo falsche Schritte der kriegführenden Mächte ihnen Gelegenheit geben, dem entzweiten Deutschland ihre Macht fühlbar zu machen.

Unterdeß erhalten die Dänen wieder Zeit, Heer und Küsten zu festigen, wieder ist der Schreck der zweiten Niederlage überwunden, wieder wird ein neuer größerer Anlauf nöthig; die Zeit, in welcher Meeresstille den Operationen günstig ist, wird mit jedem Tage kürzer; im besten Fall vermag Preußen nur durch große Anstrengungen, und dadurch, daß es selbst eine östreichische Flotte in die Ostsee bittet, den entscheidenden Schlag zu thun, während die Eroberung Fünens wenige Tage nach der Einnahme von Alsen größere Chancen des Gelingens, geringere Verluste und eine bei weitem größere Wirkung in Aussicht gestellt hätte.

So ist immerhin gerechtfertigt, wenn man bereits jetzt mit Sorge und ohne sanguinische Hoffnung auf die Friedensverhandlungen in Wien hinsieht. Unterdeß sind auch die Aspecten in Deutschland selbst ungünstiger geworden.

Zwar daß der Bund dem Herzog von Schleswig-Holstein aufgegeben hat, seine Erbanprüche zu begründen, ist an sich noch kein schlechtes Omen. Denn auch mehre der Bundesregierungen, welche für diesen Antrag stimmten, stehen ihrer Ueberzeugung nach auf seiner Seite. Es ist dieser Beschluß nur ein seltsames Zeichen der Schwäche und Haltlosigkeit am Bunde selbst. Aber peinlicher und für Preußen sowohl als die Herzogthümer schädlicher ist die Haltung der officiösen Presse Preußens. Wer inspirirt diese Blätter, und wer schreibt diese Artikel? Man wird zuverlässig unrecht thun, Herrn v. Bismarck für diese Federpolitik wüster Einfälle und kleiner Rancunen verantwortlich zu machen. Denn die journalistische Tactik zahlreicher Correspondenzen steht nach vieler Beziehung in directem Gegensatz zu den bekannnten und mehrfach ausgesprochenen Ansichten des Königs von Preußen selbst und in ebenso starkem Gegensatz zu den höchsten Interessen Preußens, welche jede politische Partei zu respectiren hat.

Was sollen die thörichten Angriffe officiöser Blätter gegen den Herzog von Augustenburg und seine Ansprüche? Die Sache liegt für gesunden Menschenverstand sehr einfach so. Entweder behält Preußen die Herzogthümer Schleswig-Holstein, oder Herzog Friedrich erhält sie. Denn an eine Durchführung der oldenburgischen Ansprüche glaubt doch im Ernste niemand, als vielleicht der erlauchte Herr selbst, der sich so sehr darauf fixirt hat. Kann Preußen die Herzogthümer behalten und gegen Oestreich, Deutschland und das gesammte übrige Europa behaupten, gut. Wird König Wilhelm einen Krieg gegen fast alle Mächte unseres Welttheils führen, wünscht Herr v. Bismarck einen großen Krieg, der die gesammte Volkskraft Preußens zu den Waffen ruft, jedem Einzelnen die höchsten Opfer zumuthet und die gesammte Staatskraft bis zum Aeußersten spannt, gut. Ein solches Beginnen wäre verzweifelt, es würde in der ungünstigsten Zeit gewagt, es hätte wenig Chancen auf glücklichen Erfolg. Aber wer ein Preuße ist, wird in sich etwas finden, was solcher Politik sympathisch ist. Wenn man dies große Spiel um Alles aber nicht will, weil man meint, daß

man es nicht durchsetzen kann, wozu dann dies Geflacker und diese unnützen Luftstreiche gerade in dem Theil der Presse, von welcher man zuerst Besonnenheit, vorsichtiges Urtheil und Ehrlichkeit erwartet?

In diesem Fall ist es lächerlich, den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein als etwas zu betrachten, was abgethan ist oder jeden Augenblick bei Seite geworfen werden kann. Denn für den Fall, daß Preußen nicht starke und treue Bundesgenossen für einen großen europäischen Krieg hat, für den Fall, daß es nicht entschlossen ist, einen Krieg auf Leben und Tod um den dauernden Besitz der Herzogthümer zu führen, ist Herzog Friedrich, wie die Sache liegt, ganz und gar unvermeidlich; und er, der so sorgfältig vermieden hat, seine Souveränitätsrechte in Holstein geltend zu machen, ist doch für einen preussischen Staatsmann bereits thatsächlich Fürst der Herzogthümer. Sein Recht ist von einer Anzahl deutscher Regierungen anerkannt, er ist der von den Westmächten begünstigte Candidat, die Angriffe der Regierungspresse in Preußen haben bereits bewirkt, daß er sogar der Candidat unseres treuen Allirten Oestreich geworden ist. Es ist ferner bekannt, wie König Wilhelm von Preußen öfter und in entscheidender Weise ausgedrückt hat, daß er die Candidatur des Herzogs für die berechnete halte. Seit Dreivierteljahre endlich hat ihm das Volk der Schleswig-Holsteiner seine Huldigungen dargebracht und ihn in der Stille als seinen Herrscher anerkannt. Und jetzt unternehmen einige Journalisten der officiösen Presse, offenbar auf eigene Hand, ihn zu negiren! Wir haben nicht das Recht, für die Person dieses Fürsten ein besonderes Interesse auszusprechen. Denn Anerkennung und Dank der Deutschen hat er sich noch zu verdienen, und es ist der unabhängigen deutschen Presse ganz gelegen, daß die vorsichtige Zurückhaltung dieses Fürsten bis jetzt wenig Veranlassung gegeben hat, überhaupt eine Kritik seines Verhaltens auszusprechen. Aber es handelt sich hier gar nicht um zufällige persönliche Sympathien, sondern darum, daß eine große nationale Angelegenheit glücklich und zur Ehre Preußens und Deutschlands beendigt wird. Und dafür ist dieser Fürst nothwendig, oder wenn man in Berlin diesen Ausdruck lieber hört, unvermeidlich geworden. Wollen die Journalisten des Ministeriums sich unterfangen, gegen den Willen ihres Königs, gegen den gesunden Menschenverstand, gegen jedes Interesse des Staates und, was diesen Federn nicht weniger gelten wird, gegen das Lebensinteresse des Herrn v. Bismarck selbst eigene Politik zu treiben? Meinen sie dem Ministerpräsidenten von Preußen einen Dienst zu erweisen, wenn sie ganz Europa die falsche Meinung beibringen, daß das auswärtige Amt zu Berlin gegen den eigenen Souverän conspirirt und in der Presse eine Sprache begünstigt, welche man keinem jungen Corpsstudenten verzeihen kann? Es ist in der That Zeit, daß Herr v. Bismarck selbst diesem Unfug in der Regierungspresse steure.

Doch, es ist nicht die ungeschickte Stellung gegen den Herzog von Schleswig-Holstein allein, was man in der officiösen Presse Preußens bedauern muß. Der ganze Ton, in welchem von den preussischen Verdiensten um die Herzogthümer und von der Stellung Preußens in Deutschland gesprochen wird, ist würdelos und für einen Anhänger Preußens peinlich. Daß Preußen das höchste Recht gewonnen hat, seine Interessen in den Herzogthümern und in dem übrigen Deutschland kräftig zu wahren, versteht sich von selbst. Seinen Einfluß in den Herzogthümern wird es durch Verträge mit dem Fürsten des Landes sichern, derselbe hat bereits feierlich erklärt, und die öffentliche Meinung in den Herzogthümern hat sich dafür ausgesprochen, daß man in Holstein nach dieser Richtung zu jeder Concession bereit sei. Sogar Forderung und Angebot sind vorzeitig formulirt worden. Aber dies ist kein Gegenstand, über den vorher viel geschrieben werden sollte, und es steht der Presse eines tapfern und großen Volkes, wie die Preußen sind, schlecht an, sich, wie die officiösen Correspondenten und die Seitenverwandten derselben von der Kreuzzeitung

so eifrig thun, an die Hochbrust zu schlagen und die Verpflichtungen, welche die andern gegen sie haben, vor Europa aufzuzählen.

Was aber die Stellung Preußens zu Deutschland betrifft, so giebt es hier wieder eine kurze und bündige Alternative: entweder hat Preußen die gute Meinung der Völker für sich zu erwirken und durch diese die widerwilligen Regierungen fortzuziehen, oder es hat einen maßgebenden Einfluß auf die Cabinete zu gewinnen. Das Erstere ist dem gegenwärtigen Regierungssystem in Preußen unmöglich, es bleibt also nur der zweite Weg übrig. Und wir meinen deshalb, die Regierungspresse hätte jede Verpflichtung, die deutschen Regierungen artig und mit Zuvorkommenheit zu behandeln. Und wenn ihr dies einmal sauer ankommt, — und wir geben gern zu, daß das schwer ist, — so wird sie sich damit resigniren müssen, daß dem politischen System, welches sie zu vertreten hat, gar nichts übrig bleibt, als Respect vor privilegierten Ansprüchen.

Wenn aber von officiösen Correspondenten der Bund als ein abgelebtes Ding, die Mehrzahl der Regierungen als böswillig, und die öffentliche Meinung der Deutschen als unwesentlich und gleichgiltig besprochen wird, so ist es wieder sehr schwer, für solches Verhalten einen harten Ausdruck zu vermeiden. Denn wozu führt diese Sprache, als zu allgemeiner Erbitterung. Nun ist es allerdings sehr traurig, daß der dritte Theil Deutschlands durch die divergirenden Interessen und zum großen Theil durch die Kleinlichkeit seiner Regierungen eines großen Willens und Entschlusses und großer Kraftanstrengungen unfähig wird. Und es ist schwer, diese Zustände erträglich zu finden. Was aber will das Geknarr und der gesträubte Bart der officiösen Federn dagegen thun? Wollen die Correspondenten den Bund sprengen, Deutschland zwischen Preußen und Oestreich theilen, um die Beute wieder mit Rußland, Frankreich, England Krieg führen, oder haben sie Ideen, wie Oestreich im vorigen Jahre den Bund in preussischem Sinne zu reformiren? Doch es ist müßig, solche Fragen auch nur aufzuwerfen. Denn was wir zu lesen haben, ist nichts als undisciplinirter Einfall und unverarbeitete Galle.

Diese schlechten Stilübungen aber setzen uns in ernste Gefahr. Unter den Kleinen hat Mißtrauen und Erbitterung gegen Preußen eine Höhe erreicht, wie seit Menschengedenken nicht. Es ist wahr, sie sind klein, aber sie sind. Sie werden für jeden Gegner Preußens, der etwas Vorsicht und Klugheit hat, eine bequeme Handhabe, sich in die Angelegenheiten Deutschlands zu mischen und Preußen da zu gefährden, wo es am schwächsten ist. Wenn die Regierungspresse Preußens beflissen ist, die Wichtigkeit der Bundesverhältnisse ins Licht zu setzen, was wird die Bundesregierungen zuletzt abhalten, Schutz für sich und Rache an dem verhassten Staat da zu suchen, wo sie beides zu finden Hoffnung haben? Wer den Anspruch erhebt, die Regierung eines großen Staates zu vertreten — wir meinen die bereits erwähnten Correspondenten — der muß auch den ersten Willen und die Kraft haben, wo er verurtheilt, etwas Besseres an die Stelle zu setzen. Wer Kraft fühlt, der brüskirt nicht, sondern er imponirt.

Die ungeschickte Vertretung der preussischen Regierung in der Presse hat wesentlichen Antheil daran, daß die Lage des Staates trotz der guten Siege seiner braven Soldaten gerade jetzt sehr ungünstig geworden ist. Nirgend ein Freund und überall theils erbitterte, theils lauernde Gegner, Mißtrauen gegen seine letzten Ziele, abgeneigtes Urtheil auch da, wo es nicht verschuldet wird, das ist die Situation.

Und was dahinter steht, ist zuletzt eine Coalition fremder und heimischer Mächte, welche den Gewinn der Kämpfe in Schleswig zu verringern, die Zukunft des Staates zu gefährden droht.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von C. E. Elbert in Leipzig.